

KGW's Rundschreiben

Deutschland in Europa und der Welt

Wenn wir heute die Welt betrachten, muss man feststellen, sie wird von vielen Narren geführt, damit Weise in ihr leben können. Sicherlich hat Donald Trump gute Berater, auf die er hört. Stimmt deren Meinung mit seiner überein, wird ihre Ansicht verwirklicht, ansonsten seine. Oder aber er bleibt stur (wie beim Thema **Strafzölle** auf Stahl 25% und Aluminium 10%) und sein Wirtschaftsberater Gary Cohn nimmt seinen Hut und geht. Dass ihm die US-Stahlkonzerne dafür (platonisch) die Füße küssen, versteht sich von selbst. Die US-Regierung begründet das mit der Behauptung, die Stahlimporte gefährden die nationale Sicherheit. Nur auf diesem Weg wird ein langwieriges Anti-Dumping-Verfahren, in dem man dem Ausland niedrige Preise (in Relation zur USA-Stahlindustrie) nachweisen muss, umgangen. Viele Republikaner im US-Kongress sind strikt gegen Importzölle, weil man Preiserhöhungen in vielen Branchen befürchtet und damit verbunden freiwerdende Arbeitsplätze. Das Außenhandelsvolumen (HB 7.3.18) im Jahr 2017:

Deutschland - USA	111,5 Mrd. €
EU - USA	375,0 Mrd. €
USA - Deutschland	61,1 Mrd. €
USA - EU	254,2 Mrd. €

Nach dem aktuellen Aufschub hat DT noch bis Ende April Zeit, seine Gedanken neu zu ordnen, damit er nicht in Versuchung kommt (gemäß seiner Aussage), einen Handelskrieg gut und einfach zu gewinnen; ein weltweiter Handelskrieg ist nicht zu gewinnen! Was tut Europa, um DT von geplanten Schutzzöllen abzubringen? Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström (Schweden) setzt auf eine Doppelstrategie. Allerdings hatte sie mit der Kombination aus Abschreckung und Dialogbereitschaft bisher keinen Erfolg. Für die EU hat sich Jean-Claude Juncker schnell und voreilig aus dem Fenster gelehnt. Er will im Gegenzug Zölle auf Harley-Davidson (Motorräder), Bourbon Whiskey und Bluejeans erheben. Das ist zu kurz gedacht und kontraproduktiv, denn DT hat sich bereits eine Strafsteuer auf EU-Autos (die in die USA eingeführt werden) ausgedacht. Wahrscheinlich würde eine Klage vor der WTO *) DT wenig beeindrucken, aber die EU könnte (wenn die Klage gewonnen wird) nach der Amtszeit DT Entschädigungszahlungen durchsetzen. Im September 2017 stand auf der steuerpolitischen Agenda der EU: Digitale Werbung /Dienstleistungen! Google und Facebook decken 50% des Weltumsatzes ab. Europäische Strafzölle darauf lassen sich leicht abwälzen, ohne Einbruch des Absatzmarktes in Europa.

*) WTO Welthandelsorganisation (World Trade Organization) ist eine internationale Organisation mit Sitz in Genf, die sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt. Sie wurde am 15.4.1994 aus dem General Agreement of Tariffs and Trade (GATT) in der Uruguay-Runde nach 7-jähriger Verhandlungszeit gegründet. Am 1.1.1995 nahm sie ihre Arbeit in Genf auf. Die WTO ist neben dem IWF und der Weltbank eine der zentralen internationalen Organisationen, die Handels- und Wirtschaftspolitik mit globaler Reichweite verhandeln. Die WTO verfolgt im Wesentlichen zwei Kernaufgaben. Zum einen die Koordination der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, zum anderen die Streitentscheidung zwischen den Mitgliedern.

Zurück nach Europa! Das Koalitionsgezerre in Deutschland hat ein Ende. Ergebnis: Eine Partei wäscht die andere. Ohne schlechte Vorausschau kann man wertfrei feststellen, dass es zwischen Siegern und Besiegten kaum eine erfolgreiche Koalition geben kann. Das Bild einer Koalition ist das Kunststück, den rechten Schuh auf dem linken Fuß zu tragen, ohne Hühneraugen zu bekommen. Die deutsche schwarz/rote Koalition scheint uns ein Wackelkandidat mit Macht zu sein. Bisher hat die USA die Exportnation Deutschland geschützt. Das ist vorbei! Auch wenn Deutschland jetzt auf sich alleine gestellt ist, muss die Politik erkennen, dass sie ohne Europa ein Spielball der internationalen Politik ist. Mit Frankreich muss man die Führungsrolle in Europa übernehmen und die EU stark machen. Das bisherige Trittbrettfahren der Deutschen hat ein Ende. Wir müssen als Realität das Aufstocken der Russen mit Nuklearwaffen sehen, den Krieg in Syrien (als Sogwirkung das Flüchtlingsproblem), die Abschottung der USA und die Politik Chinas, mit seiner Systemalternative zur liberalen Demokratie Weltmacht zu erlangen. Dem EU-Staat Polen versucht man klar zu machen, was plurale Gesellschaft bedeutet und wie wichtig eine unabhängige Justiz und Medien sind. Bisher hat das auf den Regierungschef Mateuz Morawiecki keinen Eindruck gemacht. Vielleicht aber ein anstehendes Rechtsverfahren gegen Polen, was die Sperrung der EU-Subventionen ab 2021 zur Folge hätte. In Ungarn brauchen wir die zweifelhaften Alleingänge des Präsidenten nicht erneut aufzählen. Ebenso das Ausstiegsverfahren der Engländer aus der EU. Die Italiener haben gewählt und mit ihrem Sirenenengesang haben die Populisten über 50% der Stimmen in das Lager der Euro-Skeptiker gezogen. Es scheint, dass Werte wie Freiheit und Marktwirtschaft abgenommen haben. Was sich in Deutschland durch großkoalitionären Zank mit einer innenpolitisch geschwächten Kanzlerin als Führungsriege gebildet hat, muss in einer Reformpartnerschaft mit Emmanuel Macron eine Wiederbelebung Europas versuchen. Ein zerstrittenes Europa muss seine wirtschaftliche Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, um einen Stellenwert in der Welt zu bekommen, den es verdient. Zu allem Überfluss reiste kürzlich Jean-Claude Juncker durch Serbien, Montenegro, Mazedonien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und das Kosovo und kam zu dem Ergebnis: „Der Platz des Westbalkans ist in der EU“. Als er diese Aussage machte, muss er unserer Ansicht nach einen rabenschwarzen Tag gehabt haben.

Kürzlich lobte EU-Vizepräsident Valdis Dombrovski (Lettland) die deutsche Volkswirtschaft: „Alles in Allem ist das eine ziemlich starke Performance“. Gemäß Zuckerbrot und Peitsche führt er dann die Mängel auf: Leistungsbilanzüberschuss (EU-Referenzwert 6%) des B.I.P.. Der schwachen Binnenmarktnachfrage steht zu großer Export gegenüber (Gründe: Einkommensungleichheit / Steigende Sparneigung aus Angst vor Altersarmut). Schwache Investitionsnachfrage. Das bestehende Steuersystem. Bürokratielast, die sich negativ auf private Investitionen auswirkt. Zu wenig Ausgaben für Bildung und Infrastruktur. Stagnation bei Investitionen bei Bund und Ländern. Schleppender Ausbau des schnellen Internets (Glasfaserkabel anstatt Erneuerung von Kupferkabeln). Überarbeitung des deutschen Steuer- und Sozialversicherungssystems. Zu niedrige Schenkungs- und Erbschaftssteuer. Kluft der Altersbezüge zwischen Frauen und Männern. Zu moderate Lohnsteigerungen. Fehlende Stromkabel von Nord- nach Süddeutschland. Deutschland verfehlt (selbstgesetzte) Ziele bei Reduktion des klimaschädlichen CO₂ (besonders beim Straßenverkehr).

Die große Koalition hat noch viel zu tun. Hoffentlich packt sie es an und lässt es nicht liegen.

Die Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die Nachfrage in Deutschland nach Stahl (auch Edelstahl) kann man als befriedigend einstufen. Preis und Nutzen allerdings nicht, um es geschmeichelt zu sagen, unbefriedigend. Im Geschäftsleben wünscht man sich bei dem, was man tut, einen möglichst hohen Gewinn und kann es auch so ausdrücken: der Wohltätigkeit nach oben sind keine Grenzen gesetzt. Das allerdings lässt der Einkauf der verarbeitenden Firmen nicht zu und setzt dem Verkauf der Werke, Servicegesellschaften und Handelshäusern seine Grenzen. Angedachte Anhebungen von 10 - 20 ct / to werden in den seltensten Fällen von den Einkäufern / -innen akzeptiert. Bekanntlich müssen beide Seiten an einem Geschäft Freude haben. Wenn man aber interessante Tonnagen bei Wald-, Feld- und Wiesengütern / -abmessungen am Markt als echten Bedarf einstuft, spielen manche verrückt. Sicherlich ist bei manchen Häusern die Kosten- / Nutzensituation nicht zum Jubeln und dann wird so kalkuliert: der erste Verlust ist der kleinste. Der LZ ist ein durchlaufender Posten. Wenn man in der Vergangenheit Mengen zu einem niedrigeren LZ als heute eingelagert hat, ist es doch schlichtweg dumm, wenn man den nicht „mitnimmt“, sondern mit dem Einstandspreis nach unten verrechnet, um somit unter dem Strich zwar das Geschäft zu machen, aber dabei nur einen embryonalen Nutzen erzielt. Das hat mit sinnvoller kaufmännischer Kostenrechnung nichts zu tun. Der Kunde jedenfalls hat keine Einwände gegen ein solches Verkaufsverhalten!

Bisher ist der amerikanische Präsident Donald Trump stur und (alters-)starrsinnig, denn er hält an den Strafzöllen bei Stahl und Aluminium (bei Einfuhren in die USA) fest. Das tut er mit der Begründung der nationalen Sicherheit, nimmt dem Kongress die Möglichkeit, dagegen vorzugehen und gibt sich selbst faktisch grenzenlose Entscheidungsmöglichkeiten. Deutsche und europäische Diplomaten pilgern im Augenblick Richtung USA, um D.T. klar zu machen, dass die Europäische Union, Verbündete der NATO, unmöglich eine Bedrohung für die nationale Sicherheit in den Vereinigten Staaten sein können. Wenn D.T. US-Zölle auf chinesischen Stahl erheben will, ist er damit nicht der erste Präsident, der sowas tut. Er würde lediglich im Boot mit George W. Bush und Obama sitzen, aber seine Berater haben ihm bereits gesagt, dass chinesische Stahllieferungen in die USA 0,0025% des chinesischen Bruttoinlandsprodukts betragen. Diesen tiefen Einblick haben die amerikanischen Stahlarbeiter nicht, sondern begrüßen lediglich die geplanten Einfuhrzölle.

Die gestiegenen Rohstoffpreise ziehen mehrfach gestiegene LZs in diesem Jahr nach sich. Mit Hilfe der Zocker stieg der **Nickel** erneut, konnte aber die Marke von US\$ 14.000 in diesem Jahr noch nicht knacken. Es ist aber ein weiterer Trend nach oben zu erwarten. Die Nickelbestände in London an der LME wie auch in Shanghai wurden abgebaut. Dafür wurden stillgelegte Nickelminen auf den Philippinen wieder förderbereit gemacht und es sind höhere Exportmengen zu erwarten. Der **Chromstahlpreis** stieg bis dato um ca. 18%. Festgeschrieben ist er bis Ende März und er wird (für das II. Quartal 18) erneut erhöht. **Molybdän** befindet sich seit November des letzten Jahres in einem Aufwärtstrend. Spiegelbildlich zeigt sich das bei den LZs für molybdänhaltige Stähle.

Gesamtentwicklung: Trend eindeutig nach oben!

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand	dt. Kassapreis	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME to	Nickel €/100 kg	Molybdän €/100 kg
04.01.2016	1,0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
03.01.2017	1,0416	10.205	10.270	372.066	982	1.468
02.01.2018	1,2005	12.690	12.730	366.612	1.052	1.326
01.02.2018	1,2479	13.545	13.555	355.266	1.104	1.281
01.03.2018	1,2211	13.510	13.540	335.508	1.129	1.309
21.03.2018	1,2262	13.330	13.325	325.812	1.085	1.913

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2017		2017		2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	09/17	566	02/17	810	676	634	620	663	↑							
4113	09/17	704	04/17	963	834	822	833	883	↑							
4301	08/17	1.105	04/17	1.455	1.290	1.315	1.353	1.407	↑							
4310*)	09/17	1.048	04/17	1.384	1.222	1.241	1.273	1.326	↑							
4310 Mo*)	08/17	1.109	04/17	1.448	1.295	1.605	1.386	1.443	↑							
4404	08/17	1.556	04/17	2.021	1.844	1.960	2.072	2.145	↑							
4509	10/17	731	02/17	929	788	747	733	777	↑							
4521	09/17	931	04/17	1.208	1.081	1.101	1.138	1.195	↑							
4539	08/17	2.634	04/17	3.416	3.184	3.462	3.702	3.806	↑							
4571	08/17	1.573	04/17	2.044	1.865	1.984	2.097	2.171	↑							

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2017		2017		2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018	2018
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	04/17	410	06/17	300	385	395	420									
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	03/17	1.200	06/17	890	1.140	1.150	1.180									
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	03/17	1.510	06/17	1.200	1.420	1.450	1.620									

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team